

Europäischer Policy Brief

■ *Vertrauen in Politik fördern: Einsichten aus entwicklungspsychologischer Perspektive*

Vertrauen in Regierungsführung und Politik ist das Ergebnis von Sozialisationsprozessen, die in spezifische kulturelle und politische Kontexte eingebettet sind. Dies gilt sowohl für zwischenmenschliches als auch für politisches Vertrauen. Bereits in jungen Jahren werden wir mit unterschiedlichen Auffassungen von Politik konfrontiert und von politischen Entscheidungen beeinflusst. Auch wenn Politik in Kindheit und früher Jugend weniger relevant erscheint, beeinflusst diese Erfahrung unser politisches Vertrauen, wenngleich sich dies erst im späteren Leben bemerkbar macht. Durch die Digitalisierung ist dieser Einfluss sehr vielschichtig geworden. Einerseits bietet sie die Möglichkeit, ein gesundes Gleichgewicht zwischen Vertrauen und Misstrauen in politische Systeme und Führungspersönlichkeiten zu entwickeln. Andererseits birgt sie die Gefahr, ein extremes Maß an Vertrauen oder Misstrauen in Regierungen zu fördern.

Vor diesem Hintergrund wollen die politischen Akteure in Europa verstehen, welche Faktoren politisches Vertrauen und Misstrauen beeinflussen. Sie suchen nach Erkenntnissen darüber, wie Unzufriedenheiten begegnet und demokratische Systeme verbessert werden können, um die Zustimmung ihnen gegenüber zu erhöhen. In diesem Zusammenhang ist die Frage von Bedeutung, ob Vertrauen und Misstrauen alters- und generationsspezifisch sind. Oder ob sie vielmehr auf Erwartungen zurückzuführen sind, die in zeittypische Diskurse eingebettet sind. Genauer gesagt, ob sich Vertrauen und Misstrauen mit

zunehmendem Alter der Individuen verändern.

Im Rahmen des EnTrust-Forschungsprojektes, das sich mit der Untersuchung von Vertrauen und Misstrauen in Politik aus unterschiedlichen Perspektiven im europäischen Kontext beschäftigt, widmete sich ein Arbeitspaket der Untersuchung von Vertrauens- und Misstrauensprozessen aus entwicklungspsychologischer Perspektive. Dieses Arbeitspaket untersuchte insbesondere die Definitionen von Vertrauen und Misstrauen, wie diese sich zwischen Menschen unterschiedlichen Alters unterscheiden, welche Faktoren sie beeinflussen und welche Konsequenzen sie haben. Die Ergebnisse des Arbeitspakets bieten wertvolle Einblicke für politische EntscheidungsträgerInnen, die verstehen wollen, wie Politik Vertrauen und Misstrauen in politische Institutionen in verschiedenen Lebensphasen beeinflusst.

Aufbauend auf diesen Befunden und einer Diskussionsrunde mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft und der Europäischen Kommission über Kernergebnisse sowie die Bedeutung von Vertrauen und Misstrauen in ihren Arbeitsbereichen, werden in diesem Policy Brief Politikempfehlungen vorgestellt. Diese richten sich insbesondere darauf, wie ein ausgewogenes Verhältnis von Vertrauen und Misstrauen in politische Institutionen erzielt werden kann, sodass unsere Demokratien sowohl auf der Ebene der Europäischen Union (EU) als auch auf der Ebene der

Mitgliedstaaten gestärkt und entwicklungspsychologische Prozesse berücksichtigt werden.

#Nr. 1: Förderung der Transparenz und der Beteiligung von Interessensgruppen an Entscheidungsprozessen sowie rationale und fachliche Entscheidungsfindung

Damit politische Entscheidungen von den BürgerInnen sowie anderen EinwohnerInnen mitgetragen und akzeptiert werden, müssen sie transparent, logisch nachvollziehbar und klar begründet sein. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten verschiedene Interessengruppen aus allen Bereichen der Gesellschaft, der Wirtschaft, der Umwelt und der Politik in die Problemdefinition einbezogen werden. Alle diese Akteure sollten die Möglichkeit haben, ihren Beitrag zu leisten und Feedback zu möglichen Lösungen zu geben, wobei ein ausgewogener Ansatz angestrebt werden sollte, der die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt, ohne einen von ihnen gegenüber anderen zu bevorzugen. Darüber hinaus sollten alle Interessengruppen an der Überwachung und gegebenenfalls an der Neuformulierung der umgesetzten Lösung beteiligt werden, unabhängig davon, ob es sich um eine politische Maßnahme, eine Verordnung oder ein Gesetz handelt.

Entscheidungen müssen auf Rationalität, Sachkenntnis und Unparteilichkeit beruhen. Die erfahrensten und am stärksten betroffenen Interessensgruppen sollten eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozess spielen und ihr Fachwissen einbringen können. Dieses Fachwissen kann sowohl wissenschaftliche oder theoretische Kenntnisse als auch praktische Erfahrungen umfassen. Die Betonung von Fachwissen verleiht den Entscheidungen Glaubwürdigkeit und Plausibilität. Mangelnde Transparenz in der Entscheidungsfindung und

die Nichteinbeziehung relevanter Interessensgruppen erzeugen Skepsis und können dazu führen, dass Entscheidungen nicht mitgetragen oder akzeptiert werden. Schlecht begründete Entscheidungen können in Krisenzeiten zunächst wirksam sein; langfristig erwarten die Betroffenen jedoch gut begründete Entscheidungen. Es ist somit von großer Bedeutung, dass die politischen EntscheidungsträgerInnen darauf achten, ihre Maßnahmen gut zu begründen.

Um Rechenschaftspflicht und Transparenz zu gewährleisten, sollte es einen Fahrplan für Gesetzgebungsinitiativen und einen legislativen Fußabdruck geben, aus dem hervorgeht, welche Interessengruppen konsultiert wurden und auf welcher Grundlage Entscheidungen getroffen wurden. Dazu gehören obligatorische Ex-ante-, Zwischen- und Ex-post-Folgenabschätzungen, die wirtschaftliche, soziale, ökologische und grundlegende Rechte sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten umfassen. Die Umsetzung und Überwachung dieser Leitlinien sollte auf den verschiedenen Verwaltungsebenen verbessert werden. Die Informationen und Nachweise sollten für ein breites Spektrum von Personen leicht zugänglich und verständlich sein, während die Beiträge und Nachweise, die die Grundlage für Entscheidungen bilden, wirksam vermittelt werden sollten.

Eine faktengestützte Entscheidungsfindung kann die öffentliche Unterstützung erhöhen, die Gefahr der Pfadabhängigkeit verringern und die Gesamtverantwortung stärken. Darüber hinaus sollten Instrumente wie der EU-Jugendtest gefördert werden, der die Auswirkungen von Legislativvorschlägen auf junge Menschen bewertet und darauf abzielt, die Perspektive junger Menschen in alle Politikbereiche einzubeziehen.

#Nr. 2: Ermöglichung und Förderung einer sinnvollen, transparenten und integrativen Bürgerbeteiligung

Menschen wollen mit Respekt behandelt werden. Wenn sie sich respektiert fühlen, ist es wahrscheinlicher, dass sie diesen Respekt auch erwidern, was wiederum gegenseitiges Vertrauen fördert. In den Beziehungen zwischen politischen Institutionen und Einzelpersonen bzw. der Zivilgesellschaft sind Respekt und Vertrauen für das reibungslose Funktionieren von Regierungen unerlässlich. Gleichzeitig sollten demokratische Regierungen auch bereit sein, ein gewisses Maß an Misstrauen ihrer Wählerschaft in bestimmten Fragen anzuerkennen und auf diese einzugehen und die Bedenken der Menschen nicht unterdrücken oder ignorieren. BürgerInnen wollen respektiert, ernst genommen und angehört werden. Sie sollten auch die Freiheit haben, ihr Recht auf verschiedene Formen der politischen Partizipation auszuüben, ohne dass sie diskriminiert oder angegriffen werden, selbst wenn ihre Partizipation unkonventionelle Formen annimmt, die aber im Rahmen ihrer Bürgerrechte liegen.

Politische Partizipation und ziviler Dialog spielen eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung eines kritischen Vertrauens in die Regierungsführung und bei der Anwendung demokratischer Formen der Misstrauensbekundung. In einem demokratischen System wollen BürgerInnen sowie andere EinwohnerInnen über die bloße Stimmabgabe bei Wahlen hinaus an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Es sollte eine Reihe von Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung geben, die unterschiedliche Präferenzen berücksichtigen und diejenigen erreichen, die oft von solchen Initiativen ausgeschlossen sind.

Es gibt zwar verschiedene Formen der Beteiligung, wie z.B. Europäische Bürgergremien

oder Europäische Bürgerinitiativen, aber diese können mit Problemen der Selbstselektion, Entpolitisierung und/oder mangelnder Wirkung zu kämpfen haben. Die Beteiligung sollte umfassend sein, die gesamte Öffentlichkeit einbeziehen und unterschiedliche politische Meinungen berücksichtigen. Um die politische Rechenschaftspflicht zu erhöhen, sollten Formate wie die Europäischen Bürgerpanels Pro- und Contra-Argumente einführen und die TeilnehmerInnen mit den unterschiedlichen Standpunkten der europäischen politischen Gruppen konfrontieren, einschließlich sich widerstreitender Empfehlungen der Zivilgesellschaft.

Die BürgerInnen und die Zivilgesellschaft sollten bereits in einem frühen Stadium in Entscheidungsfindungsprozesse einbezogen werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die Form der Beteiligung selbst zu bestimmen und um sicherzustellen, dass ihre Beiträge einen wesentlichen Einfluss auf das weitere Vorgehen haben. Sie sollten eine verbindliche Rückmeldung zu ihren Beiträgen erhalten, aus dem klar hervorgeht, wie diese im Entscheidungsprozess berücksichtigt wurden, und sie sollten über zugängliche Kanäle verfügen, um Gesetzesinitiativen zu verfolgen, insbesondere wenn sie aktiv daran beteiligt waren.

Insbesondere für bestimmte Gruppen, wie junge Menschen, sollte Partizipation nicht nur eine symbolische Geste sein, sondern eine bedeutungsvolle und effektive Praxis, die Vertrauen in den Prozess schafft. Der gesamte Prozess sollte transparent und klar sein und den Teilnehmern Respekt und Vertrauen entgegenbringen.

In partizipativen Prozessen ist ein gewisses Maß an Vertrauen von entscheidender Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um Vertrauen in die Institutionen, sondern auch in die Personen, mit denen die TeilnehmerInnen zu tun haben – seien es PolitikerInnen,

VertreterInnen der Zivilgesellschaft oder MitbürgerInnen. Zwischenmenschliches oder soziales Vertrauen spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. In der Gesellschaft sollten ein grundsätzliches Maß an Vertrauen herrschen, unterschiedliche Standpunkte respektiert werden und der Glaube an das Potenzial für eine Verbesserung der Regierungsführung durch deliberative, demokratische Prozesse vorhanden sein. Dies gilt insbesondere auf lokaler Ebene und vor allem dann, wenn Unzufriedenheit mit dem politischen System besteht. Das Vertrauen und der Respekt, der Individuen entgegengebracht wird, die sich beständig und verlässlich verhalten, kann auch auf politische Institutionen übertragen werden. Daher sollte der Schwerpunkt nicht nur auf der Stärkung des politischen und institutionellen Vertrauens liegen, sondern auch auf der Förderung des zwischenmenschlichen, sozialen Vertrauens, da beide in demokratischen Gesellschaften von entscheidender Bedeutung sind. Bürgerversammlungen können einen Raum bieten, in dem beide Formen des Vertrauens gestärkt werden können. Sie sollten jedoch eine Nachbereitung und eine Rückmeldung an die TeilnehmerInnen beinhalten.

Nicht jeder ist an Politik interessiert oder verfügt über ausreichende Informationen, um politischen Institutionen zu vertrauen oder zu misstrauen. Ein gewisses Desinteresse rührt von der Enttäuschung des Glaubens, dass herkömmliche Formen der Bürgerbeteiligung Einfluss auf die Regierungsführung haben. Gezielte Kommunikationskampagnen sind notwendig, um diesen Einstellungen zu begegnen und zu verhindern, dass sie in "blindes" Vertrauen oder Misstrauen umschlagen. Demokratien sind auf die Beteiligung aller BürgerInnen angewiesen. Es ist wichtig zu verstehen, warum Menschen an konventionellen oder unkonventionellen Formen der Bürgerbeteiligung teilnehmen oder nicht. Durch

Kommunikationskampagnen, die das politische Engagement fördern, können dann konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um Bedenken und Probleme anzugehen. Es sollte deutlich gemacht werden, welche Bedeutung die Stimme und das Votum der BürgerInnen haben und wie sie berücksichtigt werden. Wenn z.B. die Teilnahme an Wahlen als sinnlos empfunden wird, sollten alternative Ansätze für die Organisation, den Zugang und die Überwachung von Wahlen untersucht werden, um BürgerInnen und andere EinwohnerInnen effektiver einzubinden.

#Nr. 3: Politische Bildung integrieren und Desinformation bekämpfen

Die Bedeutung der Bürgerbeteiligung für Demokratien sollte in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden. Von frühester Kindheit an sollten die EuropäerInnen lernen, welche staatsbürgerlichen Pflichten sie haben und warum es wichtig ist, dass sich jeder Einzelne politisch engagiert. Sie sollten in die Lage versetzt werden, kritisch über unterschiedliche Standpunkte nachzudenken und ihre Meinung auf respektvolle und konstruktive Weise zu äußern. Dazu gehört auch die Förderung des Bewusstseins für eine gesunde Balance zwischen Vertrauen und Misstrauen, die für die kritische Bewertung politischer Entscheidungen und die Rechenschaftspflicht politischer Akteure unerlässlich ist. Dies trägt auch dazu bei, "blindes" Vertrauen oder Misstrauen in Regierungen zu vermeiden, die beide eine Bedrohung für Demokratien darstellen.

Das Verständnis für politische Systeme und die Fähigkeit, Prozesse und Entscheidungen kritisch zu bewerten, sollten durch die Einbindung von Aktivitäten wie Planspielen oder Simulationen und der kritischen Analyse des politischen Diskurses in die Lehrpläne gefördert

werden. Planspiele können das Verständnis für komplexe politische Strukturen erhöhen und die Relevanz von Politik für den Alltag aufzeigen. Außerschulische Partner, die auf solche Simulationen spezialisiert sind, sollten einbezogen werden, da LehrerInnen möglicherweise die Kompetenzen zur Durchführung solcher Aktivitäten fehlen. Die kritische Analyse des politischen Diskurses sollte gelehrt werden, um politische Aussagen und Programme kritisch zu hinterfragen und mit europäischen Werten zu vergleichen. Diese schulischen Aktivitäten dienen auch dazu, soziale Ungleichheiten in Bezug auf politische Kompetenzen zu bekämpfen. Darüber hinaus sollten Schulen ihre SchülerInnen über nationale Jugendparlamente und das Europäische Jugendparlament informieren, die sich auf politische Bildung und Partizipation konzentrieren.

Die BürgerInnen sollten über EU-Angelegenheiten auf der Ebene der Mitgliedstaaten informiert werden. Sie sollten leichten Zugang zu Informationen darüber haben, wie sie sich auf EU-Ebene beteiligen können. Die Schulen sollten das Verständnis dafür fördern, wie die EU funktioniert und dass die Stimme der BürgerInnen auf EU-Ebene Gewicht besitzt. Die Aufnahme des Themas "Unionsbürgerschaft" in die Lehrpläne und die Ausbildung von LehrerInnen sind wichtige Schritte zur Erreichung dieses Ziels.

Neben der Bürgerbeteiligung ist eine wirksame Kommunikation von entscheidender Bedeutung, um Desinformation zu bekämpfen, die bewusst darauf abzielt, Demokratien zu stören und das Vertrauen in politische Institutionen durch unbegründete oder irreführende Behauptungen vollständig zu untergraben. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um dieser Situation vorzubeugen und entgegenzuwirken, wie etwa die Umsetzung des Verhaltenskodexes für Desinformation 2022 und

die Verabschiedung von Gesetzesinitiativen zur politischen Werbung. Diese Maßnahmen sollten verschiedene Medienplattformen einbeziehen und unterschiedliche Medienpräferenzen berücksichtigen. Wenn Einzelpersonen beteiligt oder angesprochen werden, wie z.B. bei der Schulung von Medienkompetenz, sollten die Maßnahmen auf die verschiedenen Zielgruppen zugeschnitten sein.

In Bezug auf EU-Angelegenheiten sollten die Mitgliedstaaten spezielle Schulungsprogramme für JournalistInnen organisieren, um deren Verständnis der EU und ihrer Entscheidungsprozesse zu verbessern. Dies wird sie in die Lage versetzen, präzise und klar über EU-Prozesse zu berichten und Missverständnisse oder die Verbreitung von Fehlinformationen zu vermeiden, die zu einem kategorischen Misstrauen gegenüber der EU führen können.

Forschungshintergrund: unterstützende Untersuchungsergebnisse

Das Arbeitspaket 5 des EnTrust-Projekts, das von ForscherInnen der Masaryk-Universität in der Tschechischen Republik geleitet wurde, hatte zum Ziel, die Konzeptualisierung, die Zusammenhänge und die Vorstufen von Vertrauen und Misstrauen in die Regierungsführung zu analysieren. Aus einer entwicklungs- und länderübergreifenden Perspektive konzentrierte sich die Forschung auf vier verschiedene Lebensphasen von der frühen Jugend bis zum Erwachsenenalter (Altersgruppen 11-12, 14-15, 18-19 und 30-50) in verschiedenen europäischen Ländern (Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen und Serbien). Das Team verwendete einen Ansatz, der verschiedene Methoden vereint und der qualitative Fokusgruppen und eine groß angelegte Umfrage umfasste. Insgesamt wurden 56 Fokusgruppen mit 251 TeilnehmerInnen in allen sieben Ländern

durchgeführt. Das Experiment, das auf den Ergebnissen der qualitativen Gruppen aufbaute, umfasste 4082 TeilnehmerInnen aus vier ausgewählten Ländern (Deutschland, Italien, Serbien und Tschechien). Diese umfassende Methodik ermöglichte eine gründliche Untersuchung der Entwicklung von Vertrauen und Misstrauen gegenüber den Behörden.

Wichtigste Ergebnisse

Vorhersehbarkeit, Transparenz, Konsistenz und Expertise als entscheidende Faktoren für Vertrauen und Misstrauen

Die TeilnehmerInnen betrachteten Vertrauen und Misstrauen als unterschiedliche Dimensionen, die nebeneinander existieren können. Sie sahen ein moderates Maß an Vertrauen als ideal an, begleitet von einer kritischen Bewertung der verfügbaren Informationen. Extreme Ausprägungen von Vertrauen und Misstrauen wurden als unerwünscht und mit Risiken verbunden angesehen, wie z.B. blindem Gehorsam oder (a priori) Ablehnung von Autorität. Darüber hinaus betonten die TeilnehmerInnen, dass ein allgemeines Maß an Vertrauen in die Mitmenschen für das gute Funktionieren einer Gesellschaft notwendig ist.

Vorhersehbarkeit, Transparenz und Konsistenz wurden als vertrauensfördernde Faktoren genannt, während unvorhersehbares Handeln, Ambiguität und Inkonsistenz Misstrauen förderten (siehe Empfehlung 1). Beispielsweise untergrub die Unvorhersehbarkeit der Umsetzung und Aufhebung von Anti-Covid-Maßnahmen das Vertrauen in die Regierungsführung erheblich. Darüber hinaus achteten die TeilnehmerInnen sehr genau auf Anzeichen dafür, ob politische EntscheidungsträgerInnen ihre eigenen Interessen verfolgten, insbesondere im Hinblick auf finanzielle Interessen.

Die Transparenz der Behörden hinsichtlich der Gründe und Argumente für ihre Entscheidungen wirkte sich mit zunehmendem Alter der Befragten stärker auf das Vertrauen aus, während jüngere Befragte davon weniger beeinflusst wurden. Das Bewusstsein für die sozialen Auswirkungen von Vertrauen und Misstrauen, die Fähigkeit, Misstrauen in einem breiteren Kontext zu sehen, und die Fähigkeit, Informationen zu schätzen und zu bewerten, nahmen mit dem Alter zu, wobei verschiedene Lebenserfahrungen bei der Entwicklung von Vertrauen oder Misstrauen gegenüber anderen oder Behörden eine Rolle spielten.

Der Wissensstand und die wahrgenommene Kompetenz wurden als wichtige Quellen für das Vertrauen in Behörden genannt. Die TeilnehmerInnen forderten gut begründete und klar erklärte Entscheidungen und Maßnahmen, wie in Empfehlung Nr. 1 dargelegt. Die Argumente sollten vielfältig, aber nicht erdrückend sein, da eine Informationsflut zu Unsicherheit und Misstrauen beiträgt.

Gegenseitigkeit, Respekt und partizipative Prozesse als entscheidende Voraussetzungen für Vertrauen

Gegenseitigkeit spielt eine entscheidende Rolle für Vertrauen, wobei ein starkes gegenseitiges Vertrauen erwartet wird. Die TeilnehmerInnen glauben, dass Gegenseitigkeit in Beziehungen, wie gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Hilfe und Unterstützung, zusammen mit gemeinsamen Werten und Weltanschauungen, zu Vertrauen beiträgt. Während die Erwartung von Gegenseitigkeit in formellen Beziehungen mit Behörden schwächer ausgeprägt war als in zwischenmenschlichen Beziehungen, kann das wahrgenommene Misstrauen von Behörden zu gegenseitigem Misstrauen zwischen Einzelpersonen führen, wie in Empfehlung Nr. 2 zum Ausdruck kommt. Vertraulichkeit, insbesondere die

Fähigkeit, Geheimnisse zu bewahren, war für die jüngeren Altersgruppen (11-15 Jahre) besonders wichtig für die Entwicklung von Vertrauen, während die erwachsenen TeilnehmerInnen gemeinsame Werte und Weltanschauungen betonten.

Ein Schlüsselaspekt, der die positiven Auswirkungen von Mitsprache, Transparenz und vorhersehbaren Rahmenbedingungen auf das Vertrauen erklärte, war das Gefühl, respektiert zu werden (siehe Empfehlung 2). Wenn Behörden Konsultationen durchführten, für Transparenz sorgten oder einen vorhersehbaren Rahmen schufen, fühlten sich die TeilnehmerInnen stärker respektiert, was wiederum das Vertrauen und die Bereitschaft, Entscheidungen zu akzeptieren, förderte und das Misstrauen verringerte. Das Gefühl, respektiert zu werden, war in allen Ländern und Kontexten signifikant.

Die positiven Auswirkungen von Partizipation, Transparenz und vorhersehbaren Rahmenbedingungen waren in allen Ländern und Kontexten zu beobachten und förderten Vertrauen, Akzeptanz und den Abbau von Misstrauen. Die aktive Beteiligung an der Bewertung verschiedener Informationen und an der Entscheidungsfindung in politischen Angelegenheiten wurde von den Teilnehmern sehr geschätzt. Eine aktive Rolle in diesem Prozess zu spielen, war für die TeilnehmerInnen von großer Bedeutung (siehe Empfehlung 2).

„Vertrauensvakuum“

In einigen Ländern stellten die Forschungsteams ein "Vertrauensvakuum" fest, wobei weder Vertrauen noch Misstrauen herrschte. Dies ist der Fall, wenn die Menschen nicht an einem bestimmten Thema oder einer Entscheidung interessiert sind oder nur begrenzten Zugang zu Informationsquellen haben. Darüber hinaus trägt die

Informationsflut zu Unsicherheit und fehlendem Vertrauen bei. Die Beseitigung des "Vertrauensvakuums" wird in Empfehlung # 2 behandelt.

Vertrauen und Misstrauen auf der Grundlage von Erfahrungen

Vertrauen und Misstrauen werden in erster Linie durch die Erfahrungen des Einzelnen in seinem spezifischen Umfeld und Sozialisationskontext geprägt (siehe Empfehlungen #2 und #3). Die TeilnehmerInnen entwickelten in unterschiedlichem Maße Vertrauen bzw. Misstrauen auf der Grundlage ihrer Erfahrungen mit bestimmten Personen oder Behörden. Für Vertrauen spielten positive Aspekte wie Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Vertraulichkeit eine entscheidende Rolle. Misstrauen wurde durch negative Erfahrungen geprägt, wie beispielsweise Verrat oder Enttäuschung. Einschneidende Erlebnisse hatten das Potenzial, nicht nur das Vertrauen in bestimmte Personen oder staatliche Stellen zu beeinflussen, sondern auch die generelle Tendenz des Einzelnen, zu vertrauen oder zu misstrauen. Verschiedene Erlebnisse während der Pandemie hatten einen signifikanten Einfluss auf das Gesamtniveau von Vertrauen und Misstrauen gegenüber staatlichen Instanzen. In den jüngeren Altersgruppen (11-15 Jahre) spielten die Eltern oder andere Familienmitglieder eine wichtige Rolle bei der Ausprägung von Vertrauen oder Misstrauen gegenüber dem Staat.

Verstehen von Entscheidungsprozessen und kritisches Denken sind der Schlüssel zum Schutz vor Fehlinformationen

Das Verständnis bestimmter Sachverhalte oder Prozesse erhöhte das Vertrauen der TeilnehmerInnen, während Unwissen darüber, wie und von wem Entscheidungen getroffen

werden, zu Skepsis oder sogar Misstrauen beitragen. Letzteres birgt die Gefahr, dass die TeilnehmerInnen sehr anfällig für Fehlinformationen und Verschwörungserzählungen sind, z.B. bei der Suche im Internet. Dies betraf vor allem die Jüngeren, deren kritisches Denken noch nicht voll entwickelt war (siehe Empfehlung 3).

Forschungsparameter und Projektinformationen

Das EnTrust-Projekt wird von der EU im Rahmen des Horizon2020 Programms für Forschung und Innovation gefördert (Grant Agreement Nr. 870572). Die in diesem Policy Brief vorgestellten Empfehlungen und Ergebnisse basieren auf dem Integrierten Bericht über psychologische Erkenntnisse zum Thema Vertrauen/Misstrauen sowie auf einer Diskussionsrunde zwischen dem Forschungsteam und den folgenden Experten: Gabriella Civico (Civil Society Europe/European Volunteer Centre), Camille Dobler (Missions Publiques), Damian Boeselager (Mitglied des Europäischen Parlaments, Grüne/EFA), Kristóf Papp (European Youth Forum) und Srd Kisevic (GD JUST, Europäische Kommission).

Das EnTrust-Konsortium besteht aus acht Partnerteams, die in sieben Ländern (der Tschechischen Republik, Dänemark, Griechenland, Deutschland, Italien, Polen und Serbien) und auf EU-Ebene forschen und ihre Ergebnisse verbreiten. Der Arbeitsplan besteht aus sieben Arbeitspaketen, die der systematischen Analyse und Reflexion verschiedener Aspekte des Themas gewidmet sind:

1. Theoretische und normative Grundlagen von Vertrauen und Misstrauen
2. Vertrauen und Misstrauen in Alltagsinteraktionen mit öffentlicher Verwaltung

3. Die Rolle demokratischer sozialer Bewegungen bei der Bildung von Vertrauen und Misstrauen
4. Die Rolle der Medien beim Aufbau von Vertrauen und Misstrauen: Information oder Polarisierung?
5. Entwicklungspsychologische Einblicke in Vertrauen und Misstrauen
6. Vertrauen und Misstrauen der BürgerInnen in Politik: Formen, Determinanten, Auswirkungen und Abhilfemaßnahmen
7. Vertrauen und Misstrauen in der Zivilgesellschaft: Vorbilder und Empfehlungen

Weitere Arbeitspakete befassen sich mit der Verbreitung, Nutzung und Kommunikation von Forschungsergebnissen, Management und ethischen Fragen.

Weitere Informationen über das EnTrust-Projekt finden Sie unter www.entrust-project.eu.

Konsortium:

- [Civil Society Europe](#) (Brüssel, Belgien)
- [Masaryk University](#) (Brno, Tschechien)
- [Panteion University of Social and Political Sciences](#) (Athen, Griechenland)
- [University of Belgrade, Institute of Philosophy and Social Theory](#) (Serbien)
- [University of Copenhagen](#) (Dänemark)
- [Universität Siegen](#) (Deutschland)
- [University of Siena](#) (Italien)
- [University of Warsaw](#) (Polen)

Kontakt

Prof. Dr. Christian Lahusen
Projektkoordinator
Universität Siegen
Seminar für Sozialwissenschaften
Adolf-Reichwein-Str. 2
57068 Siegen - Deutschland

e-mail: entrust@uni-siegen.de

Carlotta Besozzi
Projektpartner
Civil Society Europe
Rue du Congrès 13,
1000 Brüssel – Belgien

e-mail: contact@civilsocietyeurope.eu

Social Media Links



Projektinformationen

Art des Projekts: Gemeinschaftsprojekt
Aufruf: H2020 SC6 GOVERNANCE-01-2019: Trust in Governance
Starttermin: Februar 2020
Dauer: 48 Monate
Koordinator: Prof. Dr. Christian Lahusen, Universität Siegen
Fördervereinbarung Nr.: 870572
EU-finanziertes Projektbudget: 2,978,151.25 €



Dieses Projekt wurde mit Mitteln aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm "Horizont 2020" der Europäischen Union unter der Finanzhilfvereinbarung Nr. 870572 gefördert. Der Inhalt dieser Veröffentlichung liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren und spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Europäischen Union wider.

www.entrust-project.eu
